

Antrag R-1**Juso-Bezirk Hannover****Asylrechtsverschärfungen – Nicht mit uns!**

1 Die politische Bewältigung der großen Anzahl an
 2 Geflüchteten aus verschiedenen Teilen der Welt
 3 ist eine der größten Herausforderungen für unse-
 4 re Gesellschaft. Es ist Aufgabe der Bundesregierung,
 5 auch durch kurzfristige, schnelle und unbürokrati-
 6 sche Hilfe dafür Sorge zu tragen, dass Gemeinden,
 7 Bundesländer und andere staatlichen Institutionen
 8 die Aufnahme und Versorgung von Geflüchteten ge-
 9 währleisten können, wenn sie dazu finanziell oder
 10 strukturell nicht (mehr) in der Lage sind.

11 Das beschlossene Asylverfahrensbeschleunigungs-
 12 gesetz und das „Asylpaket II“ schränken das Asyl-
 13 recht jedoch massiv ein. Wir lehnen insbesondere
 14 die neuen Regelungen zu sogenannten „sicheren“
 15 Herkunftsstaaten, zu Sachleistungen und militäri-
 16 scher Abwehr von Geflüchteten („Schleuserkrimina-
 17 lität“), zu Residenzpflicht, Ausweitung der Abschie-
 18 behaft, Abschiebungen in Schnellverfahren und die
 19 Aussetzung des Familiennachzugs ab. Wir unter-
 20 stützen diese menschenrechts- und grundrechts-
 21 widrige Politik nicht. Die aktuellen „Asylkompromis-
 22 se“ sind rassistisch und stigmatisierend. Mehr Mit-
 23 tel für Länder und Kommunen können das nicht auf-
 24 wiegen. Das Gesetz widerspricht sozialdemokrati-
 25 schen Grundsätzen.

**26 Ausweitung der sogenannten „sicheren“ Herkunfts-
27 staaten**

28 Die Ausweitung von „sicheren“ Herkunftsstaaten
 29 auf weitere Länder des Westbalkans lehnen wir ab.
 30 Die Bundesregierung ignoriert hier, dass diese Län-
 31 der durch vielfache Diskriminierungen und Gewalt
 32 z.B. gegenüber Roma nicht als sicher gelten kön-
 33 nen. Die niedrige Anerkennungsquote in Deutsch-
 34 land von Geflüchteten aus diesen Ländern kann
 35 nicht als Rechtfertigungsgrund dienen, diese Länder
 36 grundsätzlich als sicher einzustufen. Seit 1999 befin-
 37 den sich deutsche Soldat*innen als Teil der Kosovo-
 38 Truppe (KFOR) vor Ort. Es befinden sich aktuell rund
 39 740 Soldat*innen im Kosovo. Wir stellen uns die Fra-
 40 ge: Wie kann ein Land als „sicheres“ Herkunftsland
 41 eingestuft werden, das nach wie vor durch einen
 42 Auslandseinsatz der Bundeswehr unterstützt wer-
 43 den muss.

44 Ebenso vehement widersprechen wir der Klassifizie-

Empfehlung der Antragskommission**Annahme in der Fassung der AK****Neufassung Antrag R-1**

Die politische Bewältigung der großen Anzahl an
 Geflüchteten aus verschiedenen Teilen der Welt
 ist eine der größten Herausforderungen für unse-
 re Gesellschaft. Es ist Aufgabe der Bundesregierung,
 auch durch kurzfristige, schnelle und unbürokrati-
 sche Hilfe dafür Sorge zu tragen, dass Gemeinden,
 Bundesländer und andere staatlichen Institutionen
 die Aufnahme und Versorgung von Geflüchteten ge-
 währleisten können, wenn sie dazu finanziell oder
 strukturell nicht (mehr) in der Lage sind.

Eine Lösung kann es nicht sein, das Asylrecht wei-
 ter zu verschärfen, um durch Abschreckung Men-
 schen dazu zu bringen ihre Rechte nicht mehr in
 Anspruch zu nehmen – wie es erklärte Politik der
 CDU/CSU und ihres Bundesinnenministers Horst
 Seehofer ist. Wir erkennen an, dass in dem vom Bun-
 destag verabschiedeten Asyl-Paket Forderungen der
 SPD umgesetzt wurden, insbesondere die Tatsache,
 dass Deutschland nun ein viel gefordertes Einwan-
 derungsgesetz hat, ist ein Erfolg.

Die dafür notwendigen Kompromisse insbesonde-
 re bei dem Thema Abschiebung sind schwer zu
 schlucken. Die Unterbringung von Ausreisepflichti-
 gen in regulären Gefängnissen widerspricht aus un-
 serer Sicht auch geltender EU-Rechtslage. Zwar wird
 dies aufgrund der vorsorgenden Politik der SPD-
 geführten Landesregierung hier bei uns in Nieder-
 sachsen nicht zum Tragen kommen, jedoch blicken
 wir mit Sorge auf die Situation in anderen Bundes-
 ländern.

Aus unserer Grundüberzeugung des unantastbaren
 Asylrechts und dem festen Wissen, dass eine Poli-
 tik der Ausgrenzung und Kriminalisierung kein Weg
 unserer Partei ist, fordern wir unsere Landtags- und
 Bundestagsfraktion auf, keine weitere Verschärfung
 des Asylrechts mitzutragen.

45 rung von Algerien, Marokko und Tunesien als sichere
46 Herkunftsstaaten. Die Grundrechtsituation in allen
47 drei Staaten lässt diese Einordnung absurd erschei-
48 nen. So ist in diesen Staaten beispielsweise Homose-
49 xualität noch immer unter Strafe gestellt. Auch eine
50 Ausweitung der Liste der "sicheren" Herkunftssta-
51 ten um von Krieg und Bürgerkrieg betroffene Län-
52 der wie Afghanistan und Irak ist kategorisch abzu-
53 lehnen.

54 **Verlängerung des Aufenthaltes in Erstaufnahme-** 55 **einrichtungen**

56 Die Verlängerung des Aufenthaltes in Erstaufnah-
57 meeinrichtungen wurde von der Großen Koalition
58 in diesem Jahr auf drei Monate verkürzt. Dass die-
59 se Regelung wieder zurückgenommen werden soll,
60 ist falsch. Aufgrund der Zustände in den Einrichtun-
61 gen ist ein längerer Aufenthalt inakzeptabel. Zudem
62 stehen die dort geltende Residenzpflicht und das Ar-
63 beitsverbot einer schnellen Integration der Geflüch-
64 teten entgegen.

65 **Sach- statt Geldleistungen**

66 Geldleistungen für Asylbewerber*innen dienen der
67 Deckung des täglichen Bedarfs. Sie sind kein Ta-
68 schengeld und sie sind ganz sicher kein Anreiz für
69 eine Flucht nach Deutschland, gerade in Anbetracht
70 der hohen Kosten und Risiken einer Flucht. Men-
71 schen, die aus ihrem Herkunftsland flüchten und
72 sich den lebensbedrohlichen Strapazen einer Flucht
73 aussetzen, tun dies sicherlich nicht, weil sie ein Ta-
74 schengeld in Deutschland erwartet. Das zu sugge-
75 rieren, ist gefährlich und wird fremdenfeindliche
76 Tendenzen weiter anheizen. Die Geldleistungen so-
77 weit wie möglich in Sachleistungen umzuwandeln,
78 wie es der Gesetzesentwurf vorschlägt, ist unprak-
79 tisch, mit einem hohen bürokratischen Aufwand
80 verbunden und möglicherweise nicht verfassungs-
81 konform. Insbesondere die Entmündigung von Ge-
82 flüchteten durch ein Gutscheinsystem lehnen wir
83 ab, da es nicht unseren Vorstellungen eines freien
84 und selbstbestimmten Lebens entspricht.

85 **„Asylpaket II“ – oder wie die GroKo das Asylrecht** 86 **verschärft**

87 Das sogenannte „Asylpaket II“ beinhaltet zahlrei-
88 che inakzeptable Verschärfungen des Asylrechts. An
89 dieser Stelle geschieht eine Aushebelung des Asyl-
90 rechts statt einer Beschleunigung der Asylverfah-
91 ren. Schutzsuchende werden von fairen Asylverfah-
92 ren ausgeschlossen, um sie möglichst schnell ab-
93 schieben zu können. Wir stellen uns daher klar ge-

94 gen die geplanten beschleunigten Asylverfahren –
95 in nur einer Woche ist es keinesfalls möglich, Flucht-
96 gründe individuell, fair und sorgfältig zu prüfen.

97 **Abschiebungen im Schnellverfahren**

98 Schnellverfahren betreffen mitnichten nur einen
99 kleinen Teil der Asylsuchenden: Aufgrund der Be-
100 stimmung, dass Geflüchtete ohne Pass Schnellver-
101 fahren unterzogen werden können, ist ein großer
102 Teil der Schutzsuchenden von den unfairen Eilver-
103 fahren bedroht. Dies ist eine zynische Regelung: Oh-
104 ne Pass zu sein, ist typisch für Menschen auf der
105 Flucht, solange diese kriminalisiert wird!

106 **Unwürdige Aufnahmezentren statt Integration**

107 Alle Geflüchteten Gruppen, die Schnellverfahren un-
108 terworfen werden sollen, werden in Zukunft ver-
109 pflichtet sein, in besonderen Aufnahmezentren zu
110 leben, in denen sie von Unterstützer*innen und Hel-
111 fenden abgeschottet werden. Nicht einmal die Kin-
112 der dürfen in Schulen Kontakt zu Einheimischen auf-
113 nehmen – sie werden im Sammellager beschult.
114 Schikanierenden Maßnahmen wie Freizügigkeitsbe-
115 schränkungen für Geflüchtete in diesen Aufnahme-
116 einrichtungen widersprechen wir deutlich: Eine Be-
117 schränkung der Freizügigkeit auf den Landkreis oder
118 den Bezirk der Ausländerbehörde schadet der Inte-
119 gration.

120 **Familiennachzug ausgesetzt**

121 Wir verurteilen vor allem die im Gesetzentwurf vor-
122 gesehene Verschärfung des Familiennachzugs. Der
123 verweigerte Familiennachzug wird tödliche Folgen
124 haben und noch mehr Menschen in die lebensge-
125 fährliche Flucht übers Meer treiben. Auch mögli-
126 che Ausnahmen in Einzelfällen bei minderjährigen
127 Flüchtlingen sind nicht ausreichend und ein Armuts-
128 zeugnis für die Große Koalition.

129 Keine dieser Regelungen ist in irgendeiner Art und
130 Weise geeignet, Kommunen und Bundesländer zu
131 entlasten, Geflüchtete besser zu versorgen, unterzu-
132 bringen oder zu inkludieren und Fluchtursachen zu
133 bekämpfen. Diese Regelungen werden die Situation
134 nicht verbessern, sondern noch verschlechtern.

135 Wir werden uns deshalb weiterhin gemeinsam für
136 sichere Fluchtrouten und eine menschenwürdige
137 Geflüchtetenpolitik einsetzen.

138 Von den SPD-Bundestagsabgeordneten erwarten
139 wir die Ablehnung aller Asylrechtsverschärfungen.